

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



freitag, 13. maez 1970

blatt 672

sandner vor verlegern: 'gemeinsame ziele'

1 wien, 13.3. (rk) donnerstag abend war vizebuengermeister gertrude sandner gastgeberin im 'haus des buches': zusammen mit den gemeinderaeten deutsch, froehlich gawlik und sackmauer empfing sie fast hundert mitglieder des verbandes oesterreichischer verleger und buchhaendler. in dem von den gaesten ausgiebig bewunderten vortragsaal des hauses meinte frau sandner in einer kurzen ansprache, zwischen den verlegern und buchhaendlern einerseits und den staedtischen buechereien andererseits herrsche - entgegen mancher vermutung - keinerlei konkurrenzververhaeltnis.

im gegenteil: 'was das verhaeltnis des lesers zum buch betrifft (naemlich die stufenweise entwicklung dieses verhaeltnisses), so ist der ausleiher von heute der kaeufer von morgen', erklaeerte frau sandner. daher seien die staedtischen buechereien mit den gaesten dieses abends durch gemeinsame ziele verbunden.

die vertreter der verleger und buchhaendler bewunderten bei einem rundgang das haus und zeigten sich ueber die ueberraschend niedrigen baukosten erstaunt. bekanntlich wurde das haus des buches mit einem kostenaufwand von nicht mehr als 23,6 millionen schilling errichtet.

0859

231 baeume muessen gefaellt werden

8500 baeume werden neu gepflanzt

3 wien, 13.3. (rk) am donnerstag fand im wiener rathaus die alljaehrliche verhandlung ueber jene verkehrsbauten statt, bei deren verwirklichung im stadtgebiet baeume geopfert werden muessen. bei der besprechung in der baudirektion nahmen vizebuergermeister gertrude sandner, stadtrat heller, der praesident des wiener naturschutzbundes, fuegener, und zahlreiche fachbeamte unter der fuehrung von baudirektor prof. dr. kolleer teil. bei der realisierung von insgesamt 22 strassenbauprojekten muessen 231 baeume gefaellt werden. in den gleichen bereichen werden allerdings 466 baeume neu gepflanzt beziehungsweise werden zahlreiche baeume, die noch jung genug sind, versetzt.

das wichtigste derartige projekt wurde ueber weisung von vizebuergermeister gertrude sandner und stadtrat heller zur neuerlichen pruefung zurueckgestellt. es handelt sich dabei um die allee in der laxenburger strasse zwischen der buchengasse und der migerkastrasse. nach den bisherigen planungen sollen beide baumreihen - insgesamt 188 baeume - fuer die verbreiterung der laxenburger strasse geopfert werden.

bei den genehmigten projekten handelt es sich unter anderem um den umbau der kreuzung laxenburger strasse - ober-laaer strasse (zwoelf faellungen) sowie der kreuzung altmannsdorfer strasse - weissenthurngasse - gassmannstrasse (19 faellungen, 24 neupflanzungen, neun umsetzungen), um die verbreiterung der laxenburger strasse zwischen sahulkastrasse und per albin hanssonstrasse (41 faellungen, 36 neupflanzungen), den umbau der atzgersdorfer strasse von der hetzendorfer strasse bis am rosenhuegel (21 faellungen, 190 neupflanzungen, weil hier eine neue allee entstehen kann), die schaffung der kreuzung simmeringer hauptstrasse mit der neuen schnellstrasse im bereich muehlsangergasse (25 faellungen, vier neupflanzungen), den umbau im bereich ziegelhofstrasse-quadenstrasse (34faellungen, 200 neupflanzungen- hier kann ebenfalls eine voellig neue allee geschaffen werden) und

schliesslich um die verbreiterung der anton baumgartner strasse zwischen altmannsdorfer strasse und erlaaer strasse (33 faellungen).

vom stadtgartenamt wurde am donnerstag zudem die liste der routinemaessigen baumpflanzungen fuer das heurige fruehjahr vorgelegt. fuer die neuherstellung von alleepflanzungen werden insgesamt 405 baeume gepflanzt, und zwar in den bezirken 11 (80 baeume), 13 (26 baeume), 14 (28 baeume), 19 (82 baeume), 20 (27 baeume), 21 (159 baeume) und 22 (3 baeume).

ausserdem werden in den oeffentlichen gartenanlagen rund tausend baeume neu gepflanzt und im bereich von wohnhausanlagen, kindergaerten und schulen weitere 4.000 baeume neu gesetzt. zudem ist im heurigen herbst mit der pflanzung von weiteren rund 3.000 baeumen zu rechnen, so dass heuer insgesamt vom gartenamt etwa 8.500 baeume im stadtgebiet neu gepflanzt werden.

0948

universitaetsbund verlieh buergermeister marek die goldene ehrennadel

2 wien, 13.3. (rk) im rahmen einer akademischen feier im grossen festsaal der wiener universitaet erhielt donnerstag abend buergermeister bruno m a r e k die goldene ehrennadel des universitaetsbundes 'alma mater rudolphina' verliehen. in anwesenheit des rektors der universitaet wien, prof. dr. fritz z e r b s t, uberreichte der vizepraesident des universitaetsbundes, univ.-prof. doktor ludwig j e d l i c k a, dem buergermeister die ihm verliehene auszeichnung. marek ist bereits das zweite stadtoberhaupt, dem diese ehre in anerkennung der besonderen verdienste um die foerderung der universitaet wien und der wissenschaften zuteil wurde. 1965 war diese auszeichnung dem damaligen buergermeister franz j n a s verliehen worden.

0900

clemens maria hofbauer zum gedenken

4 wien, 13.3. (rk) auf den 15. maerz faellt der 150. todestag des stifters der redemptoristen in oesterreich, pater clemens maria h o f b a u e r .

er wurde am 26. dezember 1751 als bauernkind in tasswitz, mähren, geboren und erlernte das baeckerhandwerk, erhielt aber die moeglichkeit zu studieren und sich auf die ausuebung des priesteramtes vorzubereiten. nach ~~mehnjährigen eremitendasein~~ pilgerte er nach rom, wo er 1785 zum priester geweiht wurde. in der folge suchte er seinen alten plan, eine aktiv taetige bruderschaft in einem erneuerten katholischen geist zu gruenden, zu realisieren und wandte sich nach polen, wo ihm in warschau die kirche des heiligen benno zugewiesen wurde. von diesem mittelpunkt aus baute er seine kongregation auf und gewann durch bekehrungen und uebertritte zahlreiche anhaenger. nach errichtung weiterer zweig-niederlassungen wurde hofbauer mit seinem orden von polen ausgewiesen und uebersiedelte 1808 nach wien. nach ueberwindung zahlreicher schwierigkeiten und gegnerschaften gelang es ihm, grossen einfluss zu gewinnen und seinen orden, die redemptoristen, aufzubauen. vor dessen endgueltiger genehmigung ereilte ihn der tod. clemens maria hofbauer wurde 1888 selig und 1909 heilig gesprochen. seine gebeine ruhen in einem reliquienschrein der kirche maria am gestade. clemens maria hofbauer ist eine der grossen gestalten des modernen katholizismus und ein erneuerer seines glaubens.

0915

bezirksvertretungssitzungen in der kommenden woche

6 wien, 13.3. (rk) in der kommenden woche finden folgende bezirksvertretungssitzungen statt:

dienstag, 17. maerz, 17.30 uhr: mariahilf, 7, hermannngasse 2. 2. stock, zimmer 208, sitzungssaal.

donnerstag, 19. maerz, 17 uhr: josefstadt, 8, schlesingerplatz 4.

freitag, 20. maerz, 16 uhr: meidling, 12, schoenbrunnenstrasse 259, 1. stock, zimmer 109, kleinen sitzungssaal.

1003

Wiener Landtag

=====

Wien, 13.3. (RK) Freitag trat der Wiener Landtag (Vorsitz: **Erster Präsident Dr. Wilhelm Stemmer**) zu seiner neunten Sitzung in dieser Gesetzgebungsperiode zusammen.

Dem Landtag lag ein Antrag der ÖVP vor, der die Modernisierung der Wiener Stadtverfassung zum Inhalt hat. Der Antrag wurde zugewiesen.

Drei Punkte standen auf der Tagesordnung: Punkt eins betraf die Genehmigung für die Tätigkeit mehrerer Mitglieder der Landesregierung und des Landtages in einer Reihe von Unternehmungen. (Diese Genehmigung ist nach den Unvereinbarkeitsgesetzen des Bundes und des Landes Wien nötig).

Abstimmung: Mit den Stämmen von SPÖ, ÖVP und DFP angenommen.

Als nächstes behandelte der Landtag ein Ersuchen der Bundespolizeidirektion Wien um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Karl Peter (FPÖ).

Die Bundespolizeidirektion Wien ist der Meinung, daß Peter der Übertretung dreier Paragraphen der Straßenverkehrsordnung verdächtig sei, dies im Zusammenhang mit einer nächtlichen Autofahrt durch die Landstraßer Hauptstraße. Abgeordneter Peter hatte selbst den Präsidenten des Landtages in zwei Briefen um Zustimmung zu dem Ersuchen der Polizeidirektion gebeten.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung war der Beschluß über eine Vorlage, mit der die Bauordnung für Wien abgeändert wurde. Diese Novellierung bezweckt die Anpassung der Wiener Bauordnung an die Bundesverfassung. Berichterstatter Stadtrat

Dr. Hannes Krasser (ÖVP) führte aus, daß diese Vorlage in ähnlicher Form bereits am 19. November 1969 vom Wiener Landtag beschlossen worden sei, die Bundesregierung aber dagegen Einspruch erhoben habe. Als Begründung war angegeben worden, daß in diesem Landesgesetz der eigene Wirkungsbereich der Gemeinde - also in diesem Fall der Gemeinde Wien - nicht ausreichend abgegrenzt worden sei. Der neue Entwurf sei unter Berücksichtigung der Rechtsmeinung der Bundesregierung überarbeitet worden. Der neu eingeführte § 139 enthalte nunmehr diese Abgrenzung.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 13.3. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek hielt der Wiener Gemeinderat Freitag eine Geschäftssitzung ab.

An Anfragen lagen vor: DFP eine, FPÖ zwei, ÖVP drei. In einer dringlichen Anfrage wünscht die DFP Auskunft über die Vorlage eines Wiener Statistikgesetzes. Die Beantwortung wird am Ende der Tagesordnung erfolgen.

Anträge stellte die ÖVP betreffend Zuerkennung einer Gefahrenzulage für die Laborbediensteten, betreffend Erstellung eines Verzeichnisses der Bausperren, betreffend Verlängerung der Öffnungszeiten der Sauna im Floridsdorfer Hallenbad sowie Erweiterung des Betriebes und schließlich betreffend rechtzeitige Vorlage der Rechnungshofberichte. Die Anträge wurden zugewiesen.

Als erstes wurden Vertrauensmänner und Ersatzmänner der Gemeindevermittlungsämtler gewählt.

Stipendien

GR. Professor Zürner (ÖVP) referierte über Freiplatzstipendien für die Hochschulwoche des Europäischen Forums Alpbach. GR. Professor Wolfram (FPÖ) forderte in der Debatte Möglichkeiten zur Stärkung des Bildungswillens und Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung: "Ungebildete Menschen sind wesentlich anfälliger für Erscheinungen, die den Frieden dieses Landes gefährden." Zwei Fragen Wolframs über die Auswahl der Stipendiaten und dem Einfluß der Gemeinde Wien darauf beantwortete der Berichterstatter im Schlußwort: Die Auswahl trifft das Kulturamt, die Stipendiaten werden aus dem Bereich des Kulturamtes, der Schulverwaltung und des Kulturausschusses ausgewählt.

Abstimmung: einstimmig.

Subvention für Jazztage

GR. Gawlik (SPÖ) beantragt die Übernahme einer Ausfallhaftung bis zu einer Höhe von 200.000 Schilling für die Durchführung der "Internationalen Wiener Jazztage", die vom 13. bis 15. März im Wiener Konzerthaus veranstaltet werden.

GR. Rosenberger (SPÖ) verweist darauf, daß bereits seit 1962 Amateur-Jazzfestivals in Wien abgehalten wurden, allerdings in Form von Konkurrenzen. Diese Veranstaltungen fanden überaus großes Publikumsinteresse und gerade dieser große Erfolg bewog die Veranstalter, auf eine Konkurrenz zu verzichten und an drei aufeinanderfolgenden Tagen eine musikalische Konfrontation von nationalen und internationalen ausländischen Jazzkapellen zu veranstalten. Für die Veranstaltung konnten bedeutende ausländische Kapellen gewonnen werden. Das Jazzinstitut des Konservatoriums der Stadt Wien wird sich inhaltlich an der Gestaltung dieses Festivals beteiligen, jedoch auf die Darbietungen selber keinen Einfluß nehmen. Ziel der Veranstaltung ist es, einen internationalen Überblick auf die verschiedenen Arten des Jazz zu geben und zu demonstrieren, daß es sich auch bei diesem Musikzweig um echtes musikalische Erleben handelt und Jazz bereits einen Bestandteil des gesamten Musikschaffens unserer Zeit darstellt. Abschließend verweist der Redner darauf, daß das Kulturrat bereits im vergangenen Sommer im Rahmen der Arkadenhofkonzerte mit großem Erfolg zwei Jazzveranstaltungen abgehalten hat. Heuer wird es drei derartige Konzerte geben.

GR. Gawlik verzichtet auf das Schlußwort.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Landaufenthaltsaktion

Zur Landaufenthaltsaktion 1970 erklärte Berichterstatter GR. Maria Szöllösi (SPÖ), daß heuer 2.250 Dauerbefürsorgte, Ausgleichszulagenbezieher und Pensionistenklubbesucher in neun Turnussen an sieben Orten Urlaub machen werden, und zwar in der Zeit zwischen dem 13. Mai und dem 16. September. Sie beantragte die Genehmigung der Gesamtkosten von rund 2,2 Millionen Schilling.

In der Debatte wendete sich GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) gegen das antiquierte System eines "Kollektiv-Urlaubs mit Nachkriegs-

charakter". Sie stellte auch einen Antrag, der einen neuen Modus einführen sollte: Abkehr vom Kollektivurlaub, statt dessen ein wirkungsvoller Zuschuß zu individueller Urlaubsgestaltung.

GR. Franz Gawlik (SPÖ) wendete sich gegen den "Nachgeschmack der Vermassung", der aus den Ausführungen der ÖVP-Redner zu diesem Thema immer wieder herauszuhören sei. Gerade die vielfache Hilflosigkeit alter Menschen bei der Abwicklung von Urlaubsarrangements lasse es als einen Segen erscheinen, daß sich die Stadtverwaltung hier einschalte.

Abstimmung: einstimmig angenommen. Abstimmung über Antrag: einstimmig zugewiesen.

Heilquelle Ober-Laa

Stadtrat Hubert Pfösch beantragte für die provisorische Kureinrichtung bei der Heilquelle Ober-Laa die Erhöhung des Sachkredites um 560.000 Schilling auf 3,560.000 Schilling und der Rate für 1969 von 1,877.000 Schilling auf 2,437.000 Schilling. Begründung: Lohnerhöhungen, Mehrkosten für Winterarbeit und Vervollkommnung der Einrichtung.

Dazu stellte GR. Professor Wolfram (FPÖ) zwei Fragen betreffend den provisorischen Charakter der Kuranlage und der endgültigen Fertigstellung des Kurzentrums.

Stadtrat Pfösch wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß seit Inbetriebnahme der Kuranlage im Oktober 1969 bis Februar 1970 1.730 Kurgäste gezählt und 14.703 Behandlungen durchgeführt wurden. Zahlreiche Zuschriften von Kurgästen sprechen für die guten Heilerfolge. Das Provisorium des unter Verwaltung der Kurbetriebsgesellschaft stehenden Thermalbades werde zum Zeitpunkt der WIG 1974 beendet sein. Genauere Angaben können derzeit noch nicht erfolgen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Neue Flächenwidmung

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) beantragt eine Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet des 2. Bezirkes im Bereich Nordbahn und der Praterstraße. In diesem Gebiet soll dem städtebaulichen Grundkonzept entsprechend, eine Bereinigung der Widmungen erfolgen und sollen Flächen für Wohngebiete, öffentliche Einrichtungen, Parkanlagen und Grünflächen geschaffen werden.

GR. Bednar(SPÖ): Gerade dieser Bezirksteil mit seiner engen Rasterverbauung entspricht den heutigen Vorstellungen vom Wohnen keineswegs. Wir haben heute nur einen ersten Teil zu beschließen, der zweite Teil für ein weiteres Gebiet wird in Kürze zur Diskussion stehen. Der Antrag stellt erstmalig den Versuch dar, mit den derzeit gesetzlichen Bestimmungen eine Assanierung vorzunehmen. Leider können viele unserer Pläne derzeit durch ein fehlendes Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz nur bedingt realisiert werden. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Zukunft auf diesem Gebiet eine Lösung im Sinne Wiens und seiner Bevölkerung bringen wird.

GR. Ing. Hofstetter verzichtet auf das Schlußwort.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

7,9 Millionen für Subventionen

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) beantragt, 16 Vereinigungen und Einrichtungen Subventionen von insgesamt 7,951.967 Schilling zu gewähren.

GR. Müller (DFP) kommt im Zusammenhang mit der Subvention für das Wiener Jugendhilfswerk auf die Abschaffung der Fürsorge- räte zu sprechen, deren Tätigkeit ehrenamtlich erfolgte. Er stellt die Frage, wieviel Personal in den als Ersatz geschaffenen Sozialberatungsstellen verwendet und welche Mittel hierfür aufgebracht werden müssen.

Vizebürgermeister Slavik bezeichnet es als völlig falsch, das Problem der Fürsorge räte vom fiskalischen Standpunkt aus zu betrachten. Die Zeiten hätten sich durch den sozialen Fortschritt geändert und die neugeschaffene Fürsorgeeinrichtung sei im Interesse der Bedürftigen zweckmäßiger.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Kreditaktion

Für die sogenannte "Gemeinsame Kreditaktion" (Stadt Wien, Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie) beantragte Vizebürgermeister Felix Slavik als Berichterstatter für das Jahr 1970 die Genehmigung von zwei Millionen Schilling (Beträge in der gleichen Höhe bringen die anderen Partner in die Aktion ein.)

GR. Paulas (SPÖ) würdigte die vielfachen Kreditmöglichkeiten der Gemeinde Wien für die Wirtschaft. Diese Kredite seien besonders wichtig, da die Wiener Wirtschaft nicht genug Eigenmittel aufbringen könne, um ihre Betriebe ständig konkurrenzfähig zu halten.

Im Schlußwort würdigte der Berichterstatter die pünktliche Rückzahlung der Kredite durch die Kreditnehmer und hielt fest, daß die Ausfallsquote äußerst gering sei. Dies erleichtere ganz besonders die Fortführung und Aufstockung der verschiedenen Aktionen.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Industriebaugebiete

Vizebürgermeister Slavik beantragte für die mehr als eine Million Quadratmeter großen Industriebaugebiete Auhauf, Scheydgasse, Trabrennvereinsgründe und Perfektastraße die Gesamtsumme von 280 Millionen Schilling, davon 90,7 Millionen als Rate 1970. Wien hat besonderes Interesse an der Ansiedlung großer in- und ausländischer Firmen mit hohem Produktionsfaktor und an der Umsiedlung von Betrieben, die dadurch ihre Produktion ausweiten können.

GR. Neusser (ÖVP) bezeichnete den Antrag als "gute Initiative", bemängelte aber den späten Zeitpunkt, wofür die Abwanderung zahlreicher Betriebe ein Beweis sei. Während sich 200 Betriebe für eine Ansiedlung angemeldet hätten, seien gleichzeitig über 100 abgewandert. Die Zahl der Arbeitsplätze in Wien habe sich zwischen 1963 und 1968 um 30.940 reduziert. Die Initiative reklamierte er für die ÖVP, wie Anträge aus dem Jahr 1963 beweisen. Die Anmeldeprozedur durch die WIBAG nannte der Redner "schwerfällig" und führte einen Fall an,

wo seit der Anfrage im Spätsommer 1969 bisher noch keine Antwort erteilt wurde. GR. Neusser plädierte ferner für eine Kreditbürgschaftsgesellschaft zur Erleichterung der Umsiedlung vieler kleiner und mittlerer Betriebe. Wenn im Umland von Wien für aufgeschlossene Grundflächen 20 Schilling pro Quadratmeter zu bezahlen seien, müsse man Aufschließungskosten in Wien bis zu 400 Schilling pro Quadratmeter als "Luxuspreis für Villengründe" bezeichnen. Der Redner bemängelte schließlich die "Schlamperei" mancher Unterlagen, da im Zusammenhang mit der Nettobaufläche für Industrieansiedlungen (107 Hektar) eine Diskrepanz von zehn Hektar aufgetreten sei.

GR. Sagmeister (SPÖ) begrüßte den Antrag als echte Maßnahme zur Förderung der Wiener Wirtschaft. Er betonte einerseits den wirtschaftlichen Vorsprung Wiens vor den übrigen Bundesländern, gleichzeitig aber das Nachhinken der gesamten Republik in internationaler Sicht.

Der Debattenbeitrag von GR. Dr. Ebert (ÖVP) befaßte sich neuerlich mit der Abwanderung von Betrieben aus Wien: bei der Bekleidungsindustrie ein Minus von 24 Prozent, bei Leder 25 und Chemie 20,6 Prozent. Philips ging mit seinem "Euro-Zentrum" nach Niederösterreich. Ebert betonte, daß es nicht nur um die Abschließung von Industriegebieten gehe, gleichzeitig müßten Verkehrsnetz- und Versorgungseinrichtungen optimal ausgebaut werden. Schließlich kritisierte er auch das "Gestrüpp" der Formalistik, gegen das die Unternehmer zu kämpfen haben. Andererseits könnten sie nicht einmal exakte Unterlagen über geplante Verkehrseinrichtungen bekommen.

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) in seinem Schlußwort: "Wir reden weniger und tun mehr, das unterscheidet uns wesentlich von der ÖVP". Bis 1965 brauchen wir sieben Millionen Quadratmeter Industrieauflähe, die ÖVP möge schon heute rechtzeitig einschlägige Anträge vorbereiten. In der Zusammenarbeit mit der Wiener Kammer der gewerblichen Wirtschaft komme es immer wieder zu Verzögerungen, solange sich diese als ÖVP-Sektion fühle. (Als der Referent in diesem Zusammenhang von "Dummheiten der Kammer" sprach, forderte ÖVP-Gemeinderat Dr. Ebert wiederholt einen Ordnungsruf.

Im Zusammenhang mit der Abwanderung von Philips erklärte der Vizebürgermeister: Das Verhältnis mit diesen Weltkonzern sei ausgezeichnet, es sei aber unmöglich gewesen, für das nun in Laxenburg entstehende "Euro-Zentrum" die geforderte Riesensfläche mit Bahnhofsgelände in Wien zur Verfügung zu stellen. Dafür werde hier ein Forschungszentrum etabliert.

Grundsätzlich erklärte Slavik, daß Wien an potenten Firmen mit hoher Wertschöpfung und hochwertigen Arbeitsplätzen interessiert sei. Diese Maxime gelte für die Neuansiedlung. Für die Umsiedlung von Betrieben müsse man andere, vor allem städtebauliche Maßstäbe anlegen. Im übrigen sei die Abwanderung für manche Betriebe aus verschiedenen Gründen durchaus sinnvoll.

Die Ansiedlung von Arbeitskräften aus landwirtschaftlichen Gebieten erfolge in Etappen über Klein- und Mittelstädte schließlich in die Hauptstadt und werde in den nächsten Jahren 200.000 Menschen umfassen. Eine Konkurrenzangst gegenüber Niederösterreich und dem Burgenland sei hier kleinlich. Vielmehr gehe es in den nächsten Jahren um eine "Mobilität der Arbeitskräfte". Ein geplanter Verkehrsverbund mit Niederösterreich, dem sich vielleicht auch das Burgenland anschließen wird, sei hierfür eine wirkungsvolle Voraussetzung.

Die "dumme Propaganda gegen die Bundeshauptstadt", die sowohl im Inland als auch im Ausland vielfach zu bemerken sei, stelle einen "wirtschaftlichen Hochverrat" dar, der die ganze Republik Giskrininiere.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Hypothekenanstalt

GR. Hans Mayr (SPÖ) berichtete sodann über den Einschaubericht des Rechnungshofes über die Gebarung der Wiener Hypothekenanstalt in den Jahren 1960 bis 1963 und über die Gegenäußerungen des Stadtsenates, die vom Rechnungshof unerwidert geblieben sind. Im wesentlichen habe der Rechnungshof das Statut des Institutes aus den Jahren 1935/36 bemängelt.

Der Stadtsenat habe in der Gegenäußerung darauf hingewiesen, daß vom Verband bereits im Jahr 1962 eine Mustersatzung dem Finanzministerium vorgelegt worden sei, die bisherigen Verhandlungen jedoch ohne Ergebnis geblieben seien.

GR. Müller (DFP) beschäftigte sich mit einem Kredit von 40 Millionen der Hypothekenanstalt an die Donauturm Ges.m.b.H. Im Prüfungsbericht wurde festgestellt, auf Grund des Bauwertes hätte nur ein Darlehen von 33,1 Millionen gewährt werden können. Müller warf die Frage auf, ob es sich nicht um ein Gefälligkeitsdarlehen gehandelt habe.

GR. Mayr replizierte, das Darlehen sei auf Grund von zwei Schätzbefunden gewährt worden. Sein Vorredner habe durch völlig unbeweisbare Behauptungen lediglich versucht, ein Wahrzeichen Wiens gleichsam zu verteufln.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Anfrage

Zum Schluß der Sitzung wurde über eine dringliche Anfrage der DFP-Gemeinderäte an Bürgermeister Marek im Zusammenhang mit dem geplanten Statistikgesetz beraten. Da lediglich die DFP-Gemeinderäte der Anfrage die Dringlichkeit zuerkannten, wird die Beantwortung schriftlich erfolgen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Gemeinderat-Zusammenfassung
=====

Wien, 13.3. (RK) Als wirtschaftlichen Hochverrat bezeichnete Vizebürgermeister Felix Slavik am Freitag im Wiener Gemeinderat die "dumme Propaganda gegen die Bundeshauptstadt". Der Wiener Vizebürgermeister nahm damit nach einem Referat über die Bewilligung von 280 Millionen Schilling für Betriebsbaugebiete in scharfer Form gegen die Debattenredner der ÖVP, Neusser und Dr. Ebert, Stellung. GR. Neusser reklamierte einerseits die Initiative für die Aufschließung von Betriebsbaugebieten für die ÖVP, bemängelte aber den späten Zeitpunkt, sodaß zahlreiche Betriebe aus Wien abgewandert seien. Dr. Ebert schlug in die selbe Kerbe: durch die Abwanderung habe sich bei der Bekleidungsindustrie ein Minus von 24 Prozent, bei Leder von 25 Prozent und Chemie von 20,6 Prozent ergeben.

Slavik antwortete darauf, bei Neuansiedlungen gelte es vor allem, Firmen mit hoher Wertschöpfung und hochwertigen Arbeitsplätzen nach Wien zu bekommen. Das Eurozentrum von Philips - mit dieser Firma bestehe bestes Einvernehmen - ging deshalb nach Niederösterreich, weil die benötigte riesige Grundfläche mit Bahnhofgelände in Wien ganz einfach nicht zur Verfügung stand.

Aus einem Bericht von Stadtrat Hubert Pfoch im Zusammenhang mit einer Sachkrediterhöhung für Kureinrichtungen in Ober-Laa geht hervor, daß seit Aufnahme des Kurbetriebes im Oktober 1969 bisher 1.730 Kurgäste gezählt wurden und 14.703 Behandlungen durchgeführt wurden. Zahlreiche Zuschriften sprechen für die guten Heilerfolge.

Der Wiener Gemeinderat genehmigte in seiner Sitzung außerdem nach kurzen Debatten sieben Freiplätze für die Hochschulwochen in Alpbach, eine Ausfallhaftung von 200.000 Schilling für die Durchführung der Internationalen Jazztage, 2,2 Millionen für die Landaufenthaltsaktion 1970, einen neuen Flächenwidmungsplan für ein Gebiet des 2. Bezirkes im Bereich Nordbahn und Praterstraße sowie fast acht Millionen Subventionen für 16 Vereinigungen und zwei Millionen für die gemeinsame Kreditaktion Stadt Wien, Kammer der gewerblichen Wirtschaft und Handelsministerium.

Gemeinderats-Nachlese

=====

Wien, 13.3. (RK) Ohne Debatte wurden in der Freitag-Sitzung des Gemeinderates 127 (von insgesamt 135) Tagesordnungspunkten angenommen. Darunter befand sich die (vom Stadtsenat bereits vorgenehmigte) Summe von 260 Millionen Schilling für Vorarbeiten des zweiten U-Bahn-Bauabschnittes der Linie U 1. Für die Ausarbeitung des Detailprojektes für den Linken Donausammelkanal wurden 2,3 Millionen Schilling genehmigt. Zwei Millionen Schilling werden für die Einrichtung des umgebauten Operationstraktes im Elisabethspital bereitgestellt (vom Stadtsenat vorgenehmigt). Nochmals U-Bahn: 15 Millionen Schilling für die Anspeisung der Probestrecke, die von den Wiener E-Werken durchzuführen ist.

Außerdem wurde eine Reihe teils beträchtlicher Subventionsbeträge gewährt, darunter für 16 Vereinigungen und Einrichtungen 7,9 Millionen Schilling, für den Fremdenverkehrsverband für Wien 2,6 Millionen, für Wiener Mittel- und Kleinbühnen rund 1,5 Millionen Schilling. Die Stadthalle erhält als Kostenbeitrag für die Bereitstellung von Trainingsanlagen für Sportverbände 3,375.000 Schilling, der Wiener Jugendkreis zur Fortsetzung von Sportförderungsaktionen der Stadt Wien 1,150.000 Schilling.

- - -

die umleitungen der kommenden woche
mariahilfer strasse ab montag gesperrt

13 ab montag kommender woche wird fuer die wiener autofahrer und die geschaeftsleute der mariahilfer strasse eine einschneidende verkehrsmassnahme wirksam: wiens hauptgeschaeftsstrasse wird im bereich neubaugasse - guertel fuer den gesamten durchzugsverkehr in beiden richtungen gesperrt, weil die mariahilfer strasse umgebaut werden muss. diese sperre, ueber die unter anderem auch in einer buergerversammlung mit mariahilfer geschaeftsleuten ausfuehrlich berichtet worden war, wird aller voraussicht nach bis 16. oktober dauern. grundsatzlich wird gewaehrleistet, dass der querverkehr ebenso wie der lieferverkehr immer moeglich sein wird.

eine weitere spuerbare verkehrsbeschraenkung betrifft die edelsinnstrasse: ab mittwoch, dem 18. maerz, wird sie in zwei teilabschnitten, und zwar zwischen ruckergasse und schwenkgasse sowie zwischen schoenbrunnerallee und gassmannstrasse fuer den durchgangsverkehr gesperrt. die umleitungen erfolgen ueber den strassenzug hohenbergstrasse - schwenkgasse beziehungsweise schoenbrunnerallee - schoepfergasse - gassmannstrasse jeweils in beiden richtungen. die arbeiten in der edelsinnstrasse stehen bereits im direkten zusammenhang mit dem generellen umbau der altmannsdorferallee, die bekanntlich niveaufrei vom bahnverkehr ausgestaltet wird.

ab montag kommender woche werden arbeiten des wasserwerkes im bereich des suedtiroler platzes zu einer verkehrsbehinderung fuehren: die noerdliche guertelfahrbahn im bereich des suedtiroler platzes, also jene in richtung mariahilfer strasse, wird wegen der rohorauswehnslungen etwa zwei monate lang auf nur eine fahrspur eingeengt. davon ist nicht nur der guertelverkehr betroffen, es werden auch jene autofahrer behindert, die aus favoriten kommend am suedtiroler platz nach links in den guertel einbiegen wollen.

geehrte redaktion!

14 wir erinnern daran, dass heute, freitag, um 21 uhr, im resselpark die pioniere mit einem neuerlichen brueckenschlag - und zwar diesmal ueber den ganzen karlsplatz - beginnen. wie schon angekuendigt, duerfte bildmaessig die guenstigste zeit nach 23 uhr sein. die erste pause wurde geringfuegig auf 23,45 uhr vorverlegt und wird voraussichtlich bis 0,20 uhr dauern.
1328

streufahrzeuge gegen glatteis

8 wien, 13.3. (rk) in den fruehen morgenstunden des freitag entstand vorwiegend am westlichen rand von wien vereinzelt strassenglaette. aus diesem grund ordnete die magistratsabteilung 48 (stadtreinigung und fuhrpark) die ausfahrt von 70 streufahrzeugen an.
1127

preisguenstige gemuese- und obstsorten

17 wien, 13.3. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 bis 6 schilling, karotten 4 bis 6 schilling, weisskraut 3 bis 5 schilling je kilogramm, grundsalat 3 bis 4 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 6 schilling, birnen (qualitaetsklasse 2) 5.50 bis 6 schilling, orangen 4 bis 8 schilling je kilogramm.

1441

ab montag:

ausstellung ''die arbeit im polytechnischen lehrgang''

18 wien, 13.3. (rk) am montag, dem 16. maerz, wird um 15 uhr in der aula des paedagogischen institutes in wien 7, burggasse 14 - 16, durch stadtschulratspraesident hofrat dr. hermann s c h n e l l eine ausstellung ueber ''die arbeit im polytechnischen lehrgang'' eroeffnet.

die ausstellung zeigt in der form von schaubildern, was in den einzelnen unterrichtsgegenstaenden von schuelern und lehrern geleistet wird und welche arbeitsbehelfe hiefuer zur verfuegung stehen. von besonderem interesse ist dabei vor allem der einblick in jene gegenstaende, die fuer den polytechnischen lehrgang spezifisch sind: lebenskunde, berufskunde und praktische berufsorientierung. eine statistische erfassung gibt aufschluss, in welcher weise die schueler ihre berufswuensche waehrend des 9. schuljahres festlegen.

die ausstellung ist vom 16. bis zum 20. maerz taeglich von 9 bis 19 uhr frei zugaenglich.

1448